Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7294**

16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Anja Hajduk, Alexander Bonde, Anna Lührmann, Kerstin Andreae, Cornelia Behm, Birgitt Bender, Dr. Thea Dückert, Dr. Uschi Eid, Hans-Josef Fell, Priska Hinz (Herborn), Dr. Anton Hofreiter, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Krista Sager, Christine Scheel, Irmingard Schewe-Gerigk, Rainder Steenblock, Silke Stokar von Neuforn, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 16/6390, 16/6391, 16/6427 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (Nachtragshaushaltsgesetz 2007)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie die beschlossenen steuerlichen Maßnahmen haben die staatliche Einnahmebasis erheblich gestärkt. Dieses günstige konjunkturelle Umfeld muss genutzt werden, um die Konsolidierung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen zu verstärken. Angesichts der generell mit Schätzungen verbundenen Unsicherheiten über die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven können die aktuellen Einnahmeerwartungen nicht zur Grundlage für zusätzliche langfristige Ausgabenverpflichtungen gemacht werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

– Trotz Aufschwung keine Entwarnung für die öffentlichen Haushalte –

Zwar führt die derzeitige erfreuliche Entwicklung der Gesamtwirtschaft zu einer deutlichen Verbesserung der staatlichen Einnahmen, der Schuldenstand der Gebietskörperschaften bleibt aber drückend. Gerade die günstigere gesamtwirtschaftliche Situation muss daher entschlossen zur weiteren Haushaltskonsolidierung genutzt werden.

– Neue Maßnahmen nur bei Entlastung an anderer Stelle –

Neue, langfristig öffentliche Finanzmittel bindende Maßnahmen dürfen nur in Angriff genommen werden, wenn sie durch Entlastungen an anderer Stelle des Haushalts abgesichert werden. Anderenfalls drohen die öffentlichen Haushalte

im Konjunkturabschwung in eine Schuldenfalle zu geraten. Der eng begrenzte Spielraum für solche zusätzlichen Ausgaben muss vorrangig für zukunftsorientierte und wachstumsstärkende Investitionen und Maßnahmen genutzt werden, um nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen, sondern auch die Qualität und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333